

Ratsherr Henning Wehrmann, Bürgerliste für Goslar und Vienenburg

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Ich habe in meiner Jahrzehnte langen Ratstätigkeit schon etliche Verwaltungsreformen mitgemacht. Alle weisen die Gemeinsamkeit auf, dass im Vorfeld große Versprechungen gemacht wurden, die in der Praxis nie eingehalten wurden.

Das Muster ist immer das gleiche:

- Es werden sündhaft teure Gutachten in Auftrag gegeben.
- Die Gutachter-Empfehlungen werden anschließend nur teilweise umgesetzt, damit Regressforderungen gegen die Gutachter sicher auszuschließen sind.
- Der Rat stimmt anschließend zu – nicht ohne zuvor seine obligatorischen Bauchschmerzen zu Protokoll gegeben zu haben.
- Die vom Gutachter prognostizierten Verbesserungen stellen sich dann regelmäßig nicht ein – und alles geht seinen gewohnten, bürokratischen Gang bis zur nächsten Verwaltungs-Strukturreform.

Die Bürgerliste hat diesen Mechanismus früh durchschaut und bei solch unsinnigen Reformvorhaben schon in der Vergangenheit konsequent mit Nein gestimmt.

Der Kollege Ohse hat das Gutachter-Unwesen in den Fachausschussberatungen treffend auf den Punkt gebracht: „Wenn Gutachter dezentrale Strukturen vorfinden, verkaufen sie die Zentralisierung als Ei des Kolumbus. Wenn sie zentralisierte Strukturen antreffen, ist natürlich die Dezentralisierung der Königsweg.“

Goslar hat mit beiden Modellen hinreichend Erfahrungen aus der Vergangenheit.

Warum verbrennen dann SPD, CDU, FDP und Grüne Partei 42 trotzdem regelmäßig das Geld der Goslarer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für derart nutzlose Prozesse?

- Wir hatten in Goslar bereits eine untergeordnete Kulturverwaltung als Anhängsel eines anderen Fachbereichs.
- Wir hatten auch schon eine Hochbauverwaltung als Bestandteil der Kernverwaltung.

Haben diese Strukturen ihre Aufgaben etwa besser erfüllt als die heutigen? Ein eindeutiges Nein ist die Antwort.

- Vielmehr steigen Jahr für Jahr die Personalkosten im städtischen Haushalt.
- Zusätzliches Personal wird aber trotz gestiegener Produktivität und zunehmender Digitalisierung weiterhin als notwendig angesehen.
- Zugleich sinkt aber die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Verwaltung und ihren Entscheidungen.

Das verwundert auch nicht, wenn man den letzten, großen Reformschritt betrachtet: Die Integration der Vienenburger Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter in die Goslarer Verwaltung. Seinerzeit sprach man vollmundig von einer „Fusionsdividende“, die nur gehoben werden müsse. In Wahrheit nutzte man die Städtefusion mit Vienenburg zu einer beispiellosen Personalvermehrung.

SPD, CDU, FDP und Grüne sahen tatenlos zu, wie die „Fusionsdividende“ Stück um Stück regelrecht „verfrühstückt“ wurde. Der Haushalt wurde auf diese Weise erneut in eine drastische Schieflage gebracht.

Was Goslar nicht braucht, ist ein neuerliches Herumdoktern an der Aufbauorganisation der Verwaltung. Wir benötigen insbesondere keine neuen „Häuptlinge“ an der Spitze, die eventuell auch noch von außen eingekauft werden müssen.

Wir brauchen auch keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die – demotiviert vom langen Organisationsprozess – die innere Kündigung einreichen, weil sie sich persönlich schon auf der Verliererstraße sehen.

Wir brauchen eine größere Effektivität im Verwaltungshandeln. Die dazugehörige Sitzungsvorlage mit 165 konkreten Empfehlungen wurde bereits im Sommer 2025 vom Rat beschlossen. Weitere Beschlüsse zur Verwaltungsstruktur sind aus Sicht der Bürgerliste überhaupt nicht notwendig. Die Bürgerliste lehnt die Verwaltungsvorlage daher in ihrer Gesamtheit ab.